FVDZ stimmt geschlossen für das **duale System**

Vorstandssitzungen. Ein klares Bekenntnis zum dualen System mit gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat die Sitzung des erweiterten Bundesvorstandes (EV) des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ) im September geprägt. Der Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden stimmten (bei einer Enthaltung) erneut geschlossen für das aktuelle System mit gesetzlicher und privater Krankenversicherung.

Autorin: Melanie Fügner

Zu Beginn der hybriden Sitzung in Kiel, zu der die Landesverbände online zugeschaltet wurden, kündigte der Bundesvorsitzende Dr. Christian Öttl an, dass es mit ihm an der Spitze des Verbandes keine Forderung nach einem Ausstieg aus der GKV geben werde. Ein derartiges Ansinnen sei mit den aktuellen Rahmenbedingungen nicht vereinbar. „Momentan sind 18 Milliarden Euro für die Zahnmedizin im Topf. Wenn wir das System verlassen, ist das Geld weg", begründete Öttl seine Ablehnung.

Das sahen die Sitzungsteilnehmer genauso. Aus den 17 Landesverbänden kam mehrheitliche Zustimmung. Dr. Christian Honert aus Rheinland-Pfalz prognostizierte, dass ein GKV-Ausstieg für Zahnarztpraxen massive Folgen haben werde. „Wir verlieren junge Kolleginnen und Kollegen, und selbst etablierte Praxen könnten das finanziell eventuell nicht überleben." Auch Dr. Andreas Koch aus Hessen will am dualen System festhalten: „Wir sollten das jetzige Kassensystem nicht kaputtreden, sondern mit den 18 Milliarden arbeiten, die wir haben", sagte der Landesvorsitzende. Damit wiederholte der FVDZ seine Entscheidung, am dualen System festzuhalten. Vergleichbare Beschlüsse wurden in den vergangenen Jahren mehrfach gefasst.

Im Anschluss an die EV-Runde stand der Bundesvorstand noch den Landes- und Bezirksgruppenvorsitzenden in einer Online-Sprechstunde zur Verfügung. Hier gab es unter anderem Infos zur bevorstehenden Hauptversammlung im Oktober in Kassel sowie zu aktuellen Entwicklungen in den Geschäftsstellen Bonn und Berlin.

„Wie geht es weiter in der Gesundheitspolitik?"

Bei den Vorstandssitzungen des Freien Verbandes richtet sich der Blick naturgemäß auch immer in Richtung Bundesregierung. Und mit der sind die Zahnärztinnen und Zahnärzte derzeit weniger zufrieden. Das hat auch das Ostsee-Symposium (OSY) des Landesverbandes Schleswig-Holstein



Der geschäftsführende FVDZ-Bundesvorstand

Viele Landes- und Bezirksgruppenvorsitzenden waren in Kiel zugeschaltet.





Das Podium: vier Personen, verschiedene Meinungen



Wie es mit der Gesundheitspolitik und der Zahnmedizin weitergeht, wurde bei der politischen Diskussion besprochen.



Gute Laune im hohen Norden.



gezeigt, das parallel an der Kieler Förde lief (siehe auch Seite 24). Der FVDZ-Bundesvorstand hatte seine Sitzung extra in den Norden verlegt, um am OSY teilzunehmen.

Ein Highlight des Symposiums war die politische Podiumsdiskussion. Unter der Moderation von Dr. Joachim Hüttmann diskutierten FVDZ-Bundesvorsitzender Dr. Christian Öttl, FDP-Landtagsabgeordneter und früherer Gesundheitsminister Schleswig-Holsteins Heinrich Garg sowie der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Hauke Hansen über die Frage: „Wie geht es weiter in der Gesundheitspolitik und mit der Zahnmedizin?“. Während Garg das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz als „reines Kostendämpfungsgesetz“ bezeichnete, das keine Strukturprobleme löse, räumte Hansen ein, dass die aktuelle Bundespolitik „nicht 100 Prozent der Menschen überzeuge“, aber das oberste Ziel sein müsse, die Freiberuflichkeit zu erhalten – bei angemessener Honorierung. „Die gesundheitlichen Leistungen, die erbracht werden, müssen auch bezahlt werden“, forderte der Landespolitiker.

Öttl kritisierte, dass das neue Spargesetz die künftigen Honorarsteigerungen einschränke, während die Kosten in den Praxen immer weiter stiegen. Der FVDZ-Bundesvorsitzende betonte auch in dieser Diskussion, dass zum jetzigen Zeitpunkt an dem dualen Krankenversicherungssystem festgehalten werden müsse. „Das System soll die Basis unserer Arbeit und Abrechnung sein“, sagte er.

Der FDP-Politiker Garg ging einen Schritt weiter und schlug vor, im bestehenden System die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen, damit jeder Versicherte selbst entscheiden könne, welches Krankenkassenmodell er wähle. Das schaffe Wettbewerb und sichere die Finanzierung des Systems. ■